

Gesprächsrunde mit Staatssekretär



Groß war die Gesprächsrunde in der Schlossscheuer in Lautlingen.

- Diskussion über Verkehrsinfrastruktur im Wahlkreis
- Kommunalpolitiker fordern bessere Verkehrsanbindung
- Bundesverkehrswegeplan 2015 ein wichtiges Thema

VON KURT LOESCHER

Albstadt – Ein deutliches Signal nach Berlin erhofft sich der hiesige CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Bareiß aus einer Gesprächsrunde zwischen Kommunalpolitikern und dem Bundestagsabgeordneten und Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Andreas Scheuer, in Albstadt-Lautlingen. Die kommunalen Verantwortungsträger nutzten die Gelegenheit und machten klar, wie wichtig eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur für die Zukunft dieser Region ist.

Die Gesprächsrunde in der Schlossscheuer in Lautlingen konnte sich sehen lassen. Zahlreiche Bürgermeister aus den Kreisen Zollernalb und Sigmaringen, Kreisräte, Ortsvorsteher, Vertreter der IHK und des Regionalverbandes – sie alle hatten sich auf Einladung von MdB Thomas Bareiß zur zweiten Infrastrukturkonferenz zum Thema „Verkehrsinfrastruktur im Wahlkreis Zollernalb-Sigmaringen“ mit dem Bundestagsabgeordneten und Parlamentarischen Staatssekretär Andreas Scheuer eingefunden. Wichtiges Thema: Die Fortschreibung des Bundesverkehrsplanes. „Hier müssen Prioritäten gesetzt werden“, wie MdB Thomas Bareiß eingangs feststellte, „gilt es doch, bereits frühzeitig auf Bundesebene für die notwendigen Maßnahmen in beiden Landkreisen zu werben.“ Eine bessere Anbindung nach Stuttgart sei wichtig, dazu gehöre der Ausbau zahlreicher Bundesstraßen, die durch beide Wahlkreise führen und eine wichtige Achse darstellen. So zum Beispiel auch die Ost-West-Achse zwischen Ulm und Freiburg. Neben dem inzwischen genehmigten Ausbau der Ortsumfahrung Herbertingen und Bad Saulgau komme dem weiteren Ausbau der Bundesstra-

ße somit eine bedeutende Rolle zu.

Informationen zum derzeitigen Planungsstand gab anschließend Staatssekretär Andreas Scheuer, der sich vorab schon zu einem Gespräch mit Oberbürgermeister Jürgen Gneveckow aus Albstadt und der Ortsvorsteherin aus Lautlingen, Juliane Gärtner, im Stauffenbergsschloss zur Ortsumfahrung Lautlingen getroffen hat. Allein in Baden-Württemberg seien derzeit Projekte in Höhe von 1,4 Milliarden Euro im Bau, dazu kommen 700 Millionen Euro an Planvorhaben, „für die aber das Geld nicht das ist“, so der Politiker. Als konkrete Maßnahmen im Kreis Sigmaringen nannte er die Ortsumfahrung Herbertingen mit Kosten von 31,6 Millionen Euro sowie als weitere Maßnahme die Ortsumgehung von Bad Saulgau. Er freue sich, dass diese Raumschaft von Pro-Initiativen geprägt sei. „Die Bürger warten sehnsüchtig auf die Umgehung, die einhergeht mit dem wirtschaftlichen Erfolg.“

Die anschließende Diskussionsrunde verdeutlichte, wo der Schuh drückt. „Beide Wahlkreise liegen im Verkehrsschatten“, brachte es Bürgermeister Alois Henne aus Sigmaringendorf auf den Punkt. Eine Autobahn werde man wohl nie bekommen, „umso wichtiger ist es, vernünftige, gute und schnelle Anbindungen an die Autobahnen und Zentren zu bekommen“. Der Durchgangsverkehr auf der Ost-West-Achse zwischen Freiburg und Ulm auf der B 311 und B 32 führe zu erheblichen Belastungen in den Ortschaften. Dabei stehe ein möglicher Ausbau nicht einmal im vordringlichen Bedarfsplan. Bürgermeister Henne forderte, dass diese notwendige Maßnahme im nächsten Bundesverkehrswegeplan eingestellt wird. In die gleiche Kerbe schlug auch Thomas Zimmerer, CDU-Ortsvorsitzender aus Bad Saulgau. Er bedauerte, dass es im Kreis Sigmaringen längst versäumt



Der Bundestagsabgeordnete Thomas Bareiß (re.) hatte den Bundestagsabgeordneten und Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Andreas Scheuer (li.), zu einer Infrastrukturkonferenz nach Albstadt-Lautlingen eingeladen. Unser Bild zeigt die beiden Abgeordneten im Schlosshof. BILDER: LOESCHER

worden sei, Prioritäten zu setzen. Die B 311 spiele für die Raumschaft von Bad Saulgau eine zentrale Rolle. Geradezu haarsträubend sei der Anschluss der Stadt Bad Saulgau an wirtschaftliche Zentren wie Biberach, der durch zahl-

„Wenn in dieser Raumschaft eine Einigung erzielt wird, ist das eine große Hilfe für den Bund.“

Thomas Scheuer, Staatssekretär

reiche Ortschaften und über Landstraßen führe. Er forderte bessere Anschlüsse an Zentren wie Biberach und Ravensburg.

Auch der Gögginger Ortsvorsteher Martin Binder machte seinem Ärger Luft. Seit die Lkw-Maut eingeführt worden ist, stellt er einen drastischen Zugang an Durchgangsverkehr an der B 311 fest. 10 000 Fahrzeuge am Tag, davon 4000 Schwerlasttransporte, sind für die Bürger von Göggingen nicht mehr zumutbar, teilte Binder mit und fragte nach, ob es nicht die Möglichkeit gebe, auch für bestimmte Bundesstraßen eine Maut einzuführen. Allerdings ist ei-

ne Mautpflicht auf Bundesstraßen nicht vorgesehen, wie von Staatssekretär Andreas Scheuer zu hören war.

Zum Thema Maut für Lkw auf Bundesstraßen generell gebe es verschiedene Meinungen, sagte der CDU-Politiker. Eine Mautpflicht auf Bundesstraße sei jedoch nicht vorgesehen. Das sei klar im Koalitionsvertrag so geregelt. Eine zusätzliche Einnahmemequelle gerade für den Ausbau der Bundesstraßen wäre das ja schon, fügte er hinzu.

„Wir wollen diesen Raum weiterentwickeln und unseren Beitrag dazu leisten“, versprach Staatssekretär Andreas Scheuer am Schluss der Diskussionsrunde. Es bestünde in dieser Raumschaft durchaus die Möglichkeit, dass die eine oder andere Maßnahme in den vordringlichen Bedarfsplan aufgenommen werden könne. Der Bundesverkehrswegeplan für das Jahr 2015 biete einen gewissen Rahmen dazu. Deshalb sei es wichtig, Prioritäten vorzubereiten und zu setzen. Scheuer: „Wenn in dieser Raumschaft eine Einigung erzielt wird, ist das eine große Hilfe für den Bund.“ Der hiesige Wahlkreisabgeordnete Thomas Bareiß zog daraus den Schluss: „Wir müssen gemeinsam darum kämpfen.“